

**Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses**

Protokoll

17. Sitzung (nicht öffentlich)

2. Dezember 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 13.35 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Bensmann (CDU)

Stenographinnen: Hesse, Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des
Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr 1992
(Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450

**hier: Stellenpläne und Personalansätze aus
allen Einzelplänen**

1

Der Unterausschuß Personal befaßt sich
abschließend mit den Personalausgaben im
Haushaltsplanentwurf 1992

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschuß
17. Sitzung

02.12.1991
he-ma

Das Ergebnis der Beratungen ist im einzelnen
in der Vorlage 11/880 an den Haushalts- und
Finanzausschuß wiedergegeben.

2 Verschiedenes

Siehe Diskussionsteil dieses Protokolls.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
17. Sitzung

02.12.1991
he-ma

Aus der Diskussion

1 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450

hier: Stellenpläne und Personalansätze aus allen Einzelplänen

Der Unterausschuß "Personal" befaßt sich abschließend mit den Personalausgaben im Haushaltsplanentwurf 1992. Grundlage der Beratung sind die vom Gutachterdienst vorbereiteten Beschlußvorschläge. Die Positionen werden nicht mehr im einzelnen erörtert, sondern es wird auf die eingehenden Beratungen in den vorausgegangenen Sitzungen des Unterausschusses Bezug genommen.

Das Ergebnis der Beratungen ist im einzelnen in der Vorlage 11/880 an den Haushalts- und Finanzausschuß wiedergegeben. Es wird ausdrücklich hierauf verwiesen und auf eine Wiederholung an dieser Stelle verzichtet.

Aufgeführt werden lediglich die Positionen, zu denen sich darüber hinaus eine Aussprache ergibt, die über reine Verständnisfragen oder Verfahrensfragen hinausgehen.

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Kapitel 06 220 - Universität - Gesamthochschule - Duisburg

Der Bitte des Abgeordneter Walsken (SPD) folgend begründet Staatssekretär Dr. Konow (Ministerium für Wissenschaft und Forschung) die beantragte Stellenhebung bei Titel 425 10 damit, daß die Stelle möglicherweise nicht angemessen bewertet sei. Mit dieser vorsorglichen Maßnahme der Anhebung solle einem möglichen Weggang des derzeitigen Stelleninhabers vorgebeugt werden.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
17. Sitzung

02.12.1991
he-ma

Damit würde ein Präjudiz geschaffen, erwidert **Abgeordneter Walsken (SPD)**, auch andere freiwerdende Stellen anzuheben mit der Begründung, so leichter einen neuen Bewerber zu finden. Er schlägt vor, es bei der jetzigen Bewertung der Stelle zu belassen. Sollte der Stelleninhaber tatsächlich gehen, sollte das Ministerium anschließend berichten, ob es gelungen sei, einen geeigneten Nachfolger zu bekommen.

Die Frage der angemessenen Bewertung der Stelle sei zunächst einmal völlig unabhängig von der Person des derzeitigen Stelleninhabers, betont **Staatssekretär Dr. Konow**. Es spreche einiges dafür, sich der Auffassung des Fachausschusses anzuschließen, daß die Anhebung angemessen wäre.

Eine Anhebung käme in Betracht, meint **Abgeordneter Walsken (SPD)**, wenn die Bewertung niedriger wäre als die vergleichbarer Ämter innerhalb des Wissenschaftsressorts; dann wäre eine Anhebung aus Gründen der Gleichbehandlung sogar zwingend. Doch dann hätte auch das Anliegen dem Finanzminister vorgetragen werden müssen, daß die Eingruppierung nicht korrekt sei.

Dies habe das Ministerium bei den Haushaltsverhandlungen versucht, bemerkt **Staatssekretär Dr. Konow**, sei aber damit gescheitert.

Abgeordneter Walsken (SPD) beantragt daraufhin, über die Empfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung erst im Rahmen der Haushaltsberatungen 1993 zu entscheiden.

Dem stimmt der **Unterausschuß** einmütig zu.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
17. Sitzung

02.12.1991
zi

Zur laufenden Nr. 08/1 ruft **Ministerialrat Nordmann (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie)** in Erinnerung, daß in einer Sitzung des Unterausschusses die Frage gestellt worden sei, ob die Stellen für die Bodenzustandserhebung über einen längeren Zeitraum gestreckt werden sollten. In diesem Fall müßte das Wort "Nitrat austrag" durch "Bodenzustandserhebung" ersetzt werden.

Laufende Nr. 10/4 wird folgendermaßen richtiggestellt:

Zugang von Angestelltenstellen:

05 Stellen Verg.Gr. V b/V c BAT (DA 02)

31 Stellen Verg.Gr. V b/V c BAT (DA 06)

Zur laufenden Nr. 12/1 möchte **Abgeordneter Walsken (SPD)** wissen, weshalb hier eine Ergänzung notwendig geworden sei.

Ministerialdirigent Bachmann (Finanzministerium) berichtet, es habe sich gezeigt, daß in den neuen Ländern im Bereich der Automation noch viel stärkere Hilfestellung gegeben werden müsse. Deshalb müßte die Zahl der Stellen sowohl für das Rechenzentrum als auch für das Landesamt für Besoldung und Versorgung - LBV - erhöht werden. Beispielsweise sei das Amt für Bezüge in Cottbus in Schwierigkeiten, da dort nun auch die Beamtenbesoldung bearbeitet werden müsse. Das Finanzministerium habe beantragt, für das LBV 3 Angestelltenstellen der Vergütungsgruppe IV a/IV b zusätzlich auszubringen, für das Rechenzentrum 5 Stellen der Besoldungsgruppe A 10 und 5 Stellen der Vergütungsgruppe IV a/IV b.

Hinzu komme, daß 1992/93 die Zahl der Dozenten in Königs Wusterhausen wesentlich erhöht werden müsse. Zur Zeit betreue das Ministerium noch nur einen Lehrgang. Da sich die Zahl der Teilnehmer aber verdoppeln werde, müßten auch mehr Dozenten eingestellt werden. Dafür seien 6 Stellen der Besoldungsgruppe A 15, 3 Stellen der Besoldungsgruppe A 14, 6 Stellen der Besoldungsgruppe A 13 gehobener Dienst und 16 Stellen der Besoldungsgruppe A 12 vorgesehen.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
17. Sitzung

02.12.1991
zi

Abgeordneter Walsken (SPD) spricht sich dafür aus, die für das LBV beantragten Stellen auf jeden Fall zu genehmigen. Er wisse um den Personaldruck dort, und dieser könne durch die Verlängerung der kw-Vermerke reduziert werden.

Die Beantragung der Dozentenstellen sei neu. Er hätte es begrüßt, wenn der Unterausschuß darüber schon vor einer Woche unterrichtet worden wäre. Der Unterausschuß sollte deshalb die Beantragung zur Kenntnis nehmen, die Diskussion und die Beschlußfassung aber auf den Haushalts- und Finanzausschuß verschieben. Bisher habe es dort im Zusammenhang mit der Titelgruppe 79 keine Schwierigkeiten gegeben; er sehe keinen Grund, weshalb die zusätzlichen Stellen nicht akzeptiert werden sollten.

Vorsitzender Bensmann bittet MD Bachmann, dem Landtag unverzüglich eine entsprechende Vorlage zukommen zu lassen, und kündigt für die CDU-Fraktion Zustimmung an.

Abgeordneter Frechen (SPD) fragt, weshalb der Landtag nicht schon in der vorhergehenden Woche eine Vorlage erhalten habe. Er bitte zu prüfen, ob ihm ein Hinweis diesbezüglich aus dem Finanzministerium entgangen sei.

MD Bachmann (FM) antwortet, man habe sich im Ministerium noch nicht darüber abgestimmt, in welchem Maße Stellen beantragt werden sollten.

Vorsitzender Bensmann teilt vor der Abstimmung zur laufenden Nr. 12/1 mit, daß sich der Vertreter der F.D.P. verabschiedet, ihm aber gesagt habe, daß er allen Einzelplänen in der Schlußabstimmung nicht zugestimmt hätte.

Zur laufenden Nr. 12/7 beantragt **Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE)**, im Fall der Ablehnung über die Einstellung wenigstens von 5 Beamten abzustimmen.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
17. Sitzung

02.12.1991
zi

Abgeordneter Walsken (SPD) fragt Abgeordneten Dr. Busch, wie die Stellen hätten bewertet werden sollen.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE) antwortet, er habe an C 2 und A 15 gedacht.

Zur laufenden Nr. 12/9 bittet **Abgeordneter Walsken (SPD)** die Vertreter der CDU-Fraktion darzulegen, welche Stellen finanzneutral wären.

Abgeordneter Bensmann (CDU) erläutert, die 2 Stellen der Besoldungsgruppe A 13 höherer Dienst und die 2 Stellen der Besoldungsgruppe A 15 wären Hebungen, die 2 Stellen der Besoldungsgruppe C 3 wären neu.

Abgeordneter Walsken (SPD) schlägt daraufhin vor, über die Stellenhebungen und die Einstellung der 2 beantragten Stellen der Besoldungsgruppe C 3 getrennt abzustimmen.

Zur laufenden Nr. 14/4 teilt **Leitender Ministerialrat Dahlke (Ministerium für Bauen und Wohnen)** mit, daß dem Landtag am 28. November eine Vorlage zu diesem Sachverhalt zugegangen sei.

Abgeordneter Walsken (SPD) sagt, in der Vorlage werde bestätigt, daß gleiche Bauvolumina nicht bedeuteten, daß am Bau mehr umgesetzt werde. Er halte es daher für gerechtfertigt, so zu verfahren. Er bitte, über die Alternative b abzustimmen.

Vor der Gesamtabstimmung über den Personalhaushalt erklärt **Abgeordneter Walsken (SPD)**, seine Fraktion habe der laufenden Nummer 12/1 zwar zugestimmt, vermutlich hätten aber nicht alle Mitglieder den gleichen Beratungsstand gehabt. Bis zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses werde dies der Fall sein.